

19. Dez. 2017

**Rede des Fraktionsvorsitzenden Jörg Krell zum Entwurf des Haushalts  
2018**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Für uns **Freie Demokraten** ist ein Haushaltsentwurf die finanzielle Abbildung eines strategischen Handelns.

Dazu möchte ich zwei kritische Kommentare aus unverdächtigen Quellen anführen:

- 1) Zum ersten aus dem vielzitierten Bericht der GPA: „Nur wenn die Stadt sämtliche Massnahmen des HSK mit einem Volumen von rund 7 Mio € umsetzt, kann sie das strukturelle Defizit von rund 7,5 Mio annähernd decken.“

Und weiter an anderer Stelle: „die GPA sieht ein allgemeines Planungsrisiko, da der Haushaltsausgleich 2021 im Wesentlichen auf der Annahme beruht, dass sich die konjunkturelle Entwicklung weiter verbessert.

2) Das zweite Zitat aus der Haushaltsrede von Frank Stein: „Nichts darf auf die lange Bank geschoben werden“.....und an anderer Stelle „sonst droht 2021 die dauerhafte vorläufige Haushaltsführung, ... (die Politik und Verwaltung) wären entmündigt unter dem Gängelband der Kommunalaufsicht“

Ich stelle fest: (1) Wir haben also nach wie vor ein strukturelles Defizit und (2) die Zeit zum Handeln ist **JETZT**. Zum strukturellen Defizit kommt noch ein massiver Sanierungsstau bei der Infrastruktur, insbesondere bei Schulen, öffentliche Gebäuden und Strassen, den wir ja jeden Tag schmerzlich erleben.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf jedoch spiegelt erneut wie auch in den Vorjahren nur „**ein weiter so**“ wider. Die wundersame Brotvermehrung erwartet man in den Folgejahren. Der Einstieg in die Konsolidierung gelingt nicht. Die schwierigen Entscheidungen werden mal wieder auf später verschoben. Lieber Herr Urbach, lieber Kollege Metten, lieber Kollege Waldschmidt, wir hätten uns für die Bürger und Bürgerinnen mehr Mut und mehr Weitsicht gewünscht.

An dieser Stelle möchte ich einschieben, dass wir bei unserer Haushaltsklausur sehr konstruktive, sehr strategische Diskussionen mit Frank Stein hatten. Lieber Herr Stein, das war erfrischend; das lässt uns hoffen für die Zukunft.

Doch nun zum vorgelegten **Haushaltentwurf 2018**.

Zunächst zu den Prämissen:

1. Wir haben eine boomende Konjunktur; die wird sich in 2018 fortsetzen.

Die Wachstumsprognose für 2018 ist gerade von führenden Instituten auf 2,3 % angehoben worden.

Es ist jedoch beliebig unwahrscheinlich, dass sich diese Hausse bis 2021 fortsetzt. Es gibt zu viele Risiken, auf die ich hier nicht eingehen will.

2. Wir haben ein „Null Zins“ Umfeld. Für 2018 sind keine signifikanten Veränderungen zu erwarten. Doch die Trendwende ist eingeleitet: die ECB hat ihr Anleiheankaufprogramm reduziert, die Federal Reserve erhöht in kleinen Schritten die Zinsen.

Volkswirtschaftlich agieren wir also unter „Doping“.

Doch selbst unter diesen absolut optimalen Rahmenbedingungen schaffen wir keinen ausgeglichenen Haushalt, sondern die Verwaltung legt einen Entwurf für 2018 vor mit einem Defizit nach allen Anpassungen von 14,5 Mio €, das ist nochmals eine Verschlechterung von 13,0 Mio € Verlust im

eingebrachten Entwurf. Relativiert mit „normalen“ Rahmenbedingungen kann man nur zu dem Schluss kommen, dass das strukturelle Defizit sich weiter vergrößert hat.

1. Betrachten wir nun die **Einnahmeseite**: strukturelle Verbesserungen → Fehlanzeige. Bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer gibt es über den Planungszeitraum bis 2021 keinerlei positive Entwicklung. Die Gewerbesteuer, sieht man von den kurzfristigen Schwankungen ab, stagniert bei ca. 40 Mio € p. a. Hier wäre wirtschaftliche Dynamik gefordert. Doch was machen die Kollegen der GroKo? Sie unterminieren eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum, in dem sie auf Druck einiger Bürgerinitiativen im FNP Entwurf der Verwaltung massiv die Gewerbeflächen, und darüber hinaus auch noch deutlich die Siedlungsflächen zusammenstreichen. Das hat neben den Auswirkungen auf die Gewerbesteuereinnahmen auch Auswirkungen auf die Einkommenssteuer-Zuweisungen: Nur die Mitarbeiter, die hier eine Wohnung finden, können positiv zu Buche schlagen! - Wir verspielen Wachstumschancen, die uns Gestaltungsspielräume zurückbringen würden. Somit können wir den **Königsweg**, nämlich das Defizit über Einnahmeverbesserungen ohne Steuererhöhungen zu reduzieren, schon einmal streichen.

2. dann zur **Ausgabenseite**: Lieber Herr Urbach, Sie haben zu Recht in Ihrer Haushaltsrede Fontane zitiert: „Eine richtige Sparsamkeit vergisst nie, dass nicht immer gespart werden kann, wer immer sparen will, der ist verloren, auch moralisch“ (Ende Zitat) In der Tat: Wir Freie Demokraten unterschreiben diese Aussage.

Doch lieber Herr Urbach, Sie ziehen die falschen Schlüsse aus diesem Zitat. Es geht nicht darum zu sparen, in dem wir immer weniger Mitarbeitern immer mehr Aufgaben aufzubürden – eine weitere Arbeitsverdichtung ist nicht möglich, da stimme ich Ihnen zu. Ich bin auch erfreut über die Analyse der GPA. Doch, hier sei angemerkt, ganz bringe ich die Aussagen, dass wir die schlankeste Verwaltung aller vergleichbaren Städte haben auf der einen Seite und die Aussagen zum strukturellen Defizit nicht über einander. Wir müssen andere Effekte in unserem Haushalt haben, die zu einem solch massiven Defizit führen.

Meine Lebenserfahrung sagt mir jedoch, „**besser, intelligenter**“ geht immer und damit meine ich eben nicht unreflektiertes Sparen.

Dabei geht es und vielmehr um drei Punkte:

1. **eine systematische Priorisierung** aller Aufgaben: welche Aufgaben sind wirklich wertschaffend für die Bürger und Unternehmungen in unserer Stadt? Beschränkung auf Kernaufgaben ist hier ein wichtiges Stichwort. Beispiele: brauchen wir wirklich eine Öffentlichkeitsarbeit / ein

Stadtmarketing mit sieben Vollzeitstellen? Wo ist die  
Prioritätenliste für die freiwilligen Ausgaben auf der Basis  
einer strategischen Ausrichtung. Erstellen wir nicht zu viele  
Konzepte, ohne uns zu fragen, ob wir überhaupt die  
Ressourcen für eine Umsetzung haben? Machen wir nicht  
zu viele Aufgaben parallel, teilweise in Konkurrenz, zur  
Kreisverwaltung?

2. **Komplexität** abschaffen: die Verwaltung leistet sich den  
Luxus von ca. 25 eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und  
Beteiligungsunternehmen – in der immer wieder  
versprochenen Konsolidierung sind wir keinen Schritt  
weitergekommen. – Im Gegenteil: die Verwaltung  
beschäftigt sich ausführlich inklusive teurer Gutachten mit  
der Frage einer eigenen Wohnungsbaugesellschaft, obwohl  
jedem Außenstehenden sofort klar war, dass es dafür  
mangels Grundstücken und Kompetenz keine  
Geschäftsgrundlage gibt. Doch wenn es um Abbau von  
Komplexität geht, ist auch die Politik gefordert: wir haben zu  
viel Doppelarbeit in den Ausschüssen. Eine Strukturreform  
ist angezeigt.

### 3. Intelligenterere Prozesse

Stichwort „Digitalisierung“ – hier liegen riesige Potentiale. Die Digitalisierung wird zu grundlegenden Veränderungen aller Prozesse in Gesellschaft, Verwaltung und Wirtschaft führen, doch lieber Herr Urbach, lieber Herr Stein, in Ihren Reden taucht das Wort überhaupt nicht auf. Im immerhin 600 seitigen Haushaltsplan findet man das Wort nur an einer Stelle, da geht es um die Digitalisierung von Archivunterlagen. So stellen wir uns eine „**moderne**“ Verwaltung nicht vor. Selbst Frau von der Leyen hat das Thema für die Bundeswehr entdeckt und will damit diesen Apparat, der sich ja bis dato hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt, effizienter und effektiver machen. Oder sprechen Sie mal mit Unternehmen der Versicherungswirtschaft – dort hat man die Notwendigkeit der Digitalisierung als existenziell erkannt und stellt sich dieser komplexen Aufgabe. Digitalisierung, meine Damen und Herren, meint jedoch nicht nur eine technische Umstellung und die Einführung von Software. Sie beginnt vielmehr in den Köpfen: Die Aufgaben und Prozesse müssen völlig neu gedacht werden. Bei diesem Thema, liebe Kollegen, sind auch wir hier im Saal gefragt. 300 Seiten Unterlagen für nahezu jede Ausschusssitzung

setzen diese Kräfte nicht frei, sondern verstellen den freien Blick auf das Wesentliche. Wir brauchen in Verwaltung und Politik dringend eine umfassende Digitalisierungsinitiative. Ich bin auch bereit, mich dabei persönlich einzubringen, da ich mich mit diesem Thema beruflich intensiv beschäftige. Wir begrüßen sehr die Entscheidung des HFA von letzter Woche, in diesem Zusammenhang das Thema Organisationsuntersuchung neu und anders, nämlich unter Federführung der Mitarbeiter der Verwaltung, im nächsten Jahr wieder auf zu nehmen.

Ich möchte noch zu einzelnen Punkten des Haushalts Stellung nehmen:

1. **Stellenplan:** wir unterstützen ausdrücklich selektive Stellenmehrungen in kritischen Bereichen: dazu gehören für uns: Ausbildungs- und Rotationsstellen für Nachwuchskräfte, öffentliche Sicherheit, Bergisches Museum, eine neue Personalstruktur für die Musikschule, Stellen im Hochbau, um den Sanierungsstau abzuarbeiten, und Stellen in der Stadtplanung. Doch die Gesamtheit der 47 zusätzlichen Stellen können wir nicht mittragen. Uns fehlen zumindest teilweise Kompensationen für die zusätzlichen Stellen in nicht

prioritären Aufgabenbereichen.

2. **Asyl und Integration:** der Haushalt sieht in diesem Bereich ein Defizit von 9 Mio € vor, und das trotz strukturell verbesserter Zuweisungen des Landes. Das macht 60 % des gesamten Defizits des geplanten Haushalts aus. Es gibt andere Kommunen, die kommen mit den Landeszuweisungen in diesem Bereich aus. So sehr die grossartigen Leistungen in diesem Bereich in 2015 und 2016 anzuerkennen sind, hier fehlen zwei Jahre später jegliche Kennzahlen zur Steuerung und damit zur Optimierung. Diese Produktgruppe kann man so nicht stehen lassen. Das haben wir Freie Demokraten oft genug angemahnt. Ich möchte ausdrücklich betonen, wir wollen keine Leistungskürzungen. Uns geht es um die Effizienz der Leistungserbringung, z.B. bei der Unterbringung oder bei den Deutschkursen.

3. Damit komme ich zum letzten Punkt: **Steuererhöhungen:** Steuererhöhungen sind für uns ultima ratio. Doch dieser Haushalt ist nicht ultima ratio, wie ich ausgeführt habe. Das Konsolidierungspotential ist nicht ausgeschöpft. Wir erreichen noch nicht einmal die Vorgaben des HSK. Dass diese Steuererhöhung aus einer Vorgabe für Kommunen in

der Haushaltssicherung resultiert, sich am Durchschnitt der übrigen Kommunen in der Haushaltssicherung zu orientieren, ist nicht belegt; bei dieser Auslegung der Vorgabe käme es zu einer unendlichen Spirale nach oben.

Unter diesen Randbedingungen können wir die Erhöhung der Grundsteuer B nicht mittragen. Sie treibt die ohnehin schon stark steigenden Kosten für das Wohnen für alle Bürger, Mieter wie Wohneigentümer, noch weiter nach oben. Die Erhöhung ist geradezu widersprüchlich zum Engagement der Stadt in verschiedenen Initiativen für preiswertes Wohnen.

Die Zahlen des Finanzplans 2019 bis 2021 will ich nicht kommentieren. Da hat ja selbst der Kämmerer große Zweifel bei den getroffenen Annahmen.

Meine Damen und Herren, Sie werden nach meinen Ausführungen verstehen: die FDP-Fraktion kann diesem Haushalt nicht zustimmen. Wir werden es uns nicht nehmen lassen, auch in Zukunft Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung einzubringen....auch wenn wir weiterhin „die Rufer in der Wüste“ bleiben, in der Hoffnung, dass der eine oder andere Vorschlag dann doch umgesetzt wird. Denn wie sagte unser liberaler Vordenker Ralf Dahrendorf so richtig: „In den Gemeinden erleben die Bürger ihren Staat, hier

entsteht das Gefühl, gut regiert zu werden.“ Schaffen wir uns hier in unserer Stadt wieder die finanziellen Freiräume, dank derer die Bürger und Bürgerinnen spüren, dass mit ihren Steuergeldern in ihrer Stadt Neues, Positives geschieht.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und ....

wünsche allen Mitgliedern des Rates und der Verwaltung ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2018.